



Schwarze Null oder rote Zahlen?

Staatsverschuldung. Die schwarze Null, also ein ausgeglichener Haushalt, ist für deutsche Finanzminister fast eine heilige Kuh. Doch in konjunkturschwachen Zeiten und bei historisch niedrigen Zinsen fragt sich so mancher Ökonom, ob das die richtige Strategie ist. „Wir sollten mutig in die Zukunft des Landes investieren“, fordert Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, im iwd-Interview und plädiert dafür, noch einmal gründlich über Sinn und Zweck der Schuldenbremse nachzudenken.

—> [Seiten 2-5](#)

30 Jahre Mauerfall

Das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland ist seit 1989 stark gestiegen. Doch in jüngster Zeit kommt der wirtschaftliche Aufholprozess nur noch wenig voran.

—> [Seiten 6-7](#)

Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft wächst 2019 kaum noch, vor allem weil die Auslandsgeschäfte schlecht laufen. Der private Konsum verhindert jedoch eine Rezession.

—> [Seiten 8-9](#)

Schulden machen oder bremsen?

Staatsverschuldung. Zehn Jahre nach Einführung der Schuldenbremse dürfte die deutsche Staatsverschuldung in diesem Jahr erstmals seit 2002 wieder unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Gleichzeitig fordern viele Ökonomen, die Schuldenbremse abzuschaffen. Zu Recht?

Im Jahr 2009 wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Sie beschränkt die strukturelle Neuverschuldung des Bundes seit 2016 auf jährlich 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), den Bundesländern sind neue Schulden ab 2020 komplett verboten.

Für diese Grundgesetzänderung gab es damals breiten politischen Konsens. Zur Erinnerung: Gegen Deutschland lief von 2003 bis 2007 ein Defizitverfahren, ein „blauer Brief“ aus Brüssel konnte nur verhindert werden, indem der damalige Finanzminister Hans Eichel dem Europäischen Rat entsprechende Sparszusagen machte.

In den Jahren davor war die Staatsschuldenquote von knapp 40 auf mehr als 60 Prozent des BIP gestiegen und überschritt damit den im Maastricht-Vertrag vereinbarten Grenzwert. Aus damaliger Perspektive war keine Linderung zu erwarten: Die Zinszahlungen auf die Staatsschuld, so das damalige Kalkül, würden dauerhaft über dem Wirtschaftswachstum liegen, selbst bei ausgeglichenen Primärhaushalten würde der Schuldenstand also stärker steigen als das BIP – und mit ihm die Staatsschuldenquote. Ein nennenswert niedrigeres Zinsumfeld hielten selbst die Wirtschaftsweisen im Jahr 2007 noch für „empirisch bedeutungslos“.

Nachdem notwendig gewordene Rettungspakete und niedrige Steuer-

einnahmen die deutsche Schuldenquote im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2010 auf einen Höchststand von 82 Prozent des BIP getrieben hatten, sank sie danach kontinuierlich auf etwas mehr als 60 Prozent im Jahr 2018.

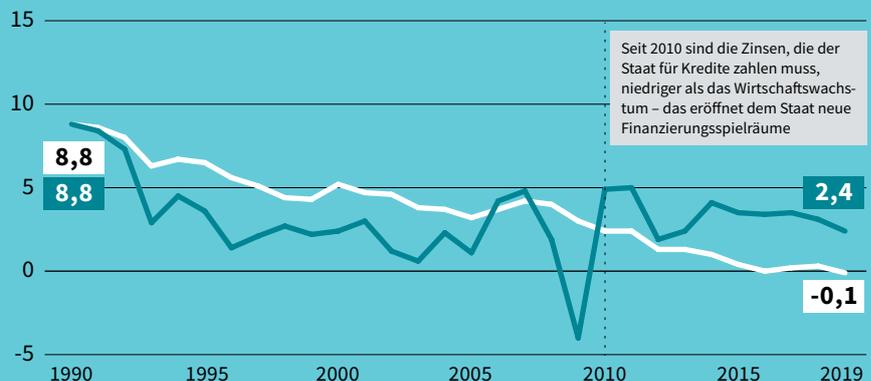
Welchen Anteil daran die 2011 in Kraft getretene Schuldenbremse hatte, ist umstritten. Dass sie den politischen Diskurs nachhaltig beeinflusst hat und letztlich die Wertschätzung ausgeglichener Haushalte beförderte, kann man ihr anrechnen. Es wird dabei aber auch oft der Eindruck vermittelt, die Schuldenbremse habe quasi im Alleingang zur Einhaltung der Maastricht-Vorga-

ben geführt – der ökonomische Beweis dafür fehlt allerdings.

Vielmehr haben sich in den vergangenen zehn Jahren die Rahmenbedingungen für den Fiskus stark verbessert. Erstens blickt Deutschland auf eine beachtliche Dynamik auf dem Arbeitsmarkt zurück. Die Erwerbstätigenquote, die von Anfang der 1990er Jahre bis zur Mitte der 2000er Jahre bei unter 70 Prozent verharrte, ist seither kontinuierlich auf nun 80 Prozent gestiegen. Die zusätzlichen Arbeitsplätze bescherten dem Bund von 2005 bis 2018 einen preisbereinigten Anstieg seiner Steuereinnahmen von mehr als 40 Prozent.

Kredite: Für den Staat so günstig wie nie

- Veränderung des nominalen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent
- Umlaufrendite von Bundeswertpapieren in Prozent



Umlaufrendite: mit einer vereinbarten längsten Laufzeit von über vier Jahren, sofern ihre mittlere Restlaufzeit mehr als drei Jahre beträgt; 2019: erstes Halbjahr

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt
© 2019 IW Medien / iwd

Zweitens hat sich das Zinsumfeld gewandelt – Kredite gibt es heute praktisch umsonst (Grafik Seite 2):

Seit 2010 sind die Zinsen, die der Staat für Schulden zahlt, niedriger als das Wirtschaftswachstum – im ersten Halbjahr 2019 war die Umlaufrendite der Bundeswertpapiere sogar negativ.

Hauptverantwortlich dafür ist die hohe Ersparnis der Haushalte, der Unternehmen und des Staates sowie die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Zinsniveau wird auch in den nächsten Jahrzehnten nicht signifikant steigen – selbst wenn die EZB den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wagt. Als Folge dieser niedrigen Zinsen ergibt sich ein Verschuldungsspielraum von jährlich 1,5 Prozent des BIP:

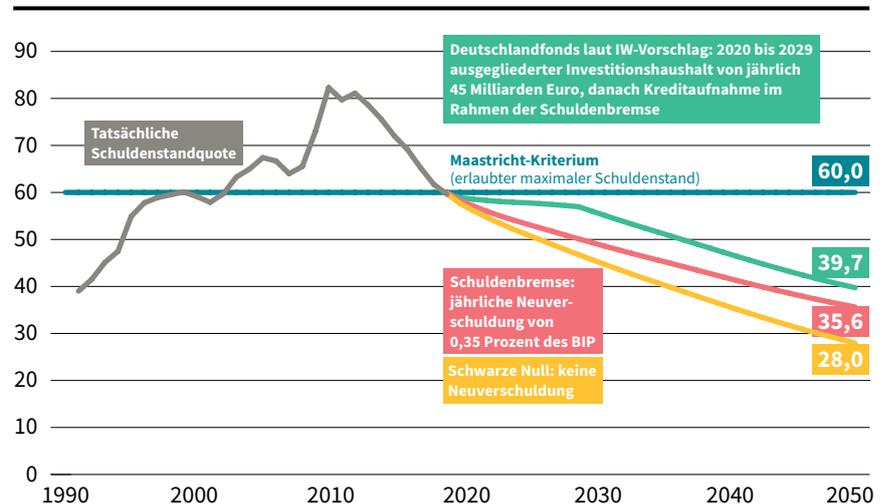
Deutschland könnte jährlich rund 50 Milliarden Euro neue Schulden machen und dennoch die Maastricht-Vorgaben einhalten.

Wenn der Bund nur die aktuell zulässigen 0,35 Prozent des BIP an neuen Schulden aufnimmt – knapp 12 Milliarden Euro – würde der Schuldenstand 2030 die Marke von 50 Prozent unterschreiten. Bei einer schwarzen Null würde diese Marke sogar schon 2026 erreicht (Grafik).

Gleichzeitig hat der Staat einen großen Nachholbedarf an Investitionen. Allein auf kommunaler Ebene fehlen 138 Milliarden Euro. Für die Sanierung der Kommunalfinanzen sind die Länder zuständig – denen aber sind wegen der Schuldenbremse die Hände gebunden. Rechnet man die nötigen Investitionen für die Zukunftsthemen Infrastruktur, Bildung, Dekarbonisierung und Wohnungsbau hinzu, ergibt sich ein Bedarf von rund 450 Milliarden Euro. Aus ökonomischer Sicht erscheint es daher sinnvoll, die Schuldenbremse für Investitionen zu lösen (siehe Interview Seiten 4–5):

Staatsverschuldung: Sinkender Schuldenstand in allen Szenarien

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Schuldenstandquote: 2017 und 2018 vorläufige Werte, ab 2019 geschätzt

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Das IW schlägt einen Deutschlandfonds vor, der diese 450 Milliarden Euro über zehn Jahre verteilt kreditfinanziert bereitstellt – ohne die Maastricht-Grenze von 60 Prozent zu reißen.

Diese Investitionen wären die Basis einer Modernisierungsagenda, denn das daraus höchstwahrscheinlich entstehende stärkere Wirtschaftswachstum reduziert langfristig den Schuldenstand zusätzlich.

Es gibt allerdings auch Argumente gegen die Lockerung der Schuldenbremse. Die größte Gefahr besteht darin, dass Deutschland seine Haushaltsdisziplin aufgibt und damit auch seine Vorbildfunktion für andere EU-Staaten verliert.

Daher müsste ein Deutschlandfonds auf Investitionen begrenzt sein, die auf langfristige Ziele wie die Entwicklung von Infrastruktur, Bildung oder den Klimaschutz einzahlen. So würde das Wachstumspotenzial für kommende Generationen erhöht und das Geld nicht in zusätzlichem Staatskonsum verpuffen.

Voraussetzung für erfolgreiche öffentliche Investitionen ist allerdings eine Ausweitung der Kapazitäten in der Bauwirtschaft und Bauverwaltung. Die Auslastung im Baugewerbe liegt derzeit mit 80 Prozent vergleichsweise hoch. Dies zeigt sich zum einen in den Baupreisen, die seit 2006 um mehr als 30 Prozent gestiegen sind. Und zum anderen bei den Fachkräften: Auf jeden arbeitslos gemeldeten Bauingenieur kamen zuletzt schätzungsweise sieben offene Stellen. Es muss daher vermieden werden, dass zusätzliche öffentliche Investitionen diese Engpässe noch verschärfen.

Zudem müssen Kapazitäten in der Bauplanung auf- und bürokratische Hürden abgebaut werden: Die Beschäftigtenzahl in der Bauverwaltung sinkt seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich, einige Bundesländer und Gemeinden schöpften in der Vergangenheit aufgrund mangelnder Planungskapazitäten nicht einmal die zur Verfügung stehenden Bundesmittel ab.

„Eigentlich müssten wir die Schuldenbremse reparieren“

Interview. IW-Direktor **Michael Hüther** fordert ein groß angelegtes Investitionsprogramm für Deutschland: Insgesamt 450 Milliarden Euro – finanziert über Kredite – sollen in den kommenden zehn Jahren fließen, um die Bundesrepublik zukunftsfähig zu machen. Der iwd sprach mit dem Wirtschaftswissenschaftler über seinen Vorschlag, Einwände dagegen und die Frage, wie seine Ideen mit der Schuldenbremse vereinbar sind.



Foto: IW Medien

Sie waren ein großer Befürworter der Schuldenbremse. Zumindest auf Außenstehende wirkt Ihr neuer Vorschlag jetzt wie eine 180-Grad-Wende. Stimmt das?

Nein, ich habe keine Wende vollzogen. Vor Einführung der Schuldenbremse habe ich gesagt, dass wir sie brauchen, um die Maastricht-Kriterien zu erreichen – aber schon damals habe ich betont, dass wir die Bremse neu bewerten müssen, sobald wir wieder unterhalb der Schuldengrenze liegen.

Das ist jetzt der Fall. Außerdem werden die Zinsen auf absehbare Zeit unter der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen. Da ist es doch völlig klar, eine Kreditfinanzierung für Investitionen zu prüfen. Der Sachverständigenrat hat recht, wenn er sagt, dass der öffentliche Kredit an sich weder gut noch schlecht ist. Er muss einfach nur passen, zum Beispiel mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit des Staates.

Der Staat darf auf Bundesebene doch ohnehin jedes Jahr 0,35 Prozent des BIP an neuen Schulden aufnehmen. Aktuell wären das fast 12 Milliarden Euro. Warum reicht Ihnen das nicht? Schon heute werden doch vielerorts die staatlichen Fördertöpfe gar nicht in Anspruch genommen.

Das sind zwei unterschiedliche Themen. Erstens: Diese knapp 12 Milliarden Euro reichen einfach nicht aus, damit Bund und Länder so viel investieren können, wie dringend geboten ist. Selbst die 450 Milliarden Euro über zehn Jahre wären nur eine Untergrenze.

Zweitens: Dass Gelder aus Fördertöpfen nicht abgerufen werden, darf kein Argument dagegen sein, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Es ist entscheidend, dass wir in Deutschland auf allen Ebenen – also beim Bund, in den Ländern und Kommunen – eine effiziente Verwaltung haben. Hier wurden in den vergangenen Jahren leider viele Stellen gestrichen,

zum Beispiel in den Bauämtern. Da muss gehandelt werden, durch einfacheres Planungsrecht, effizientere Abläufe und verbessertes Projektmanagement.

Baufirmen und Handwerksbetriebe müssen bei staatlichen Aufträgen effizient und wirksam gesteuert und kontrolliert werden. Dazu gehören auch verbesserte Anreize für gleichermaßen qualitätsvolles und schnelles Arbeiten. In anderen Ländern gibt es dafür zum Beispiel Prämien, wenn ein Projekt vorzeitig fertiggestellt wird.

Die Investitionen sollen in Ihrem Konzept von einer Anstalt des öffentlichen Rechts koordiniert werden. Der Berliner Flughafen und die Hamburger Elbphilharmonie sprechen aber nicht unbedingt dafür, dass die öffentliche Hand Investitionen gut managen kann.

Lassen Sie mich vorab eines klarstellen: Mein Konzept ist nur die zweitbeste Lösung. Eigentlich müssten wir die Schuldenbremse reparieren, aber dafür das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit zu ändern, ist ziemlich utopisch. Leider hat man die Schuldenbremse der Politik entzogen, indem man sie im Grundgesetz verankert hat. Deshalb mein Vorschlag: Der Vorteil eines Deutschlandfonds ist, dass er rechtlich mit der Schuldenbremse wohl kompatibel wäre, weil er eigene, klar definierte Aufgaben hätte in einer eigenständigen juristischen Person.

Bei den genannten Beispielen lohnt ein genauer Blick, um es in Zukunft besser zu machen: Am Berliner Hauptstadtflughafen hat der Staat die Prämie für einen Generalunternehmer einsparen wollen. Eine unglaublich teure Milchmädchenrechnung, wie wir heute wissen. In Zukunft sollten solche Prämien möglich sein.

Bei der Elbphilharmonie waren die Probleme ebenfalls ziemlich typisch: Zuerst wurde ein Kostenrahmen definiert. Dann gab es eine Ausschreibung, die aber überhaupt nicht zum Kostenrahmen passte. Das geht natürlich nicht.

Was genau wäre denn der Vorteil des Deutschlandfonds, wie Sie ihn fordern?

Mein Grundgedanke ist, die staatlichen Investitionen über zehn Jahre zu verstetigen und planbar zu machen. Das gibt beispielsweise Baufirmen die Möglichkeit, sich nachhaltig aufzustellen und Ressourcen aufzubauen. Aktuell liegt der staatliche Planungshorizont bei lediglich einem Haushaltsjahr oder, wenn es gut läuft, bei einer Legislaturperiode. Kein Wunder, dass Baufirmen da wenig Anreize verspüren, Ressourcen aufzubauen.

Wie realistisch ist es in der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt, dass Baufirmen oder Handwerksbetriebe mehr Fachkräfte für sich gewinnen? Die fehlen doch überall ...

Wenn es der Branche gelingt, sich als spannender Arbeitgeber zu präsentieren, wird sie auch Fachkräfte

finden. Parallel muss die Branche in ihren Prozessen effizienter werden. Und wenn die Firmen nicht genügend Mitarbeiter finden: Wir haben mittlerweile ein Zuwanderungsgesetz, das explizit die duale Berufsausbildung als Zuwanderungsgrund nennt. Die Unternehmen könnten das viel stärker nutzen, um Azubis im Ausland anzuwerben. Aber natürlich machen sie das nur, wenn sie entsprechend langfristig planen können – und da schließt sich der Kreis.

Aktuell trüben sich die Konjunkturaussichten für Deutschland ein. Dann dürften gemäß Schuldenbremse wieder mehr Schulden gemacht werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Weshalb genügt Ihnen diese Möglichkeit nicht?

Die Möglichkeiten für neue Schulden im Rahmen der Schuldenbremse sind sehr begrenzt. Man muss dafür konkrete Produktionslücken identifizieren. Es geht dabei also nur um das Reagieren in einer Notlage, nicht darum, mit Infrastrukturmaßnahmen oder Investitionen in Bildung die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Seit 2005 sind die Steuereinnahmen in Deutschland real um mehr als 40 Prozent gestiegen. Sollte das nicht genügen, um die benötigten Investitionsmittel aufzubringen?

Steuereinnahmen sind ja nicht für langfristige Investitionen zugunsten künftiger Generationen gedacht. Sie sollen den Steuerzahlern direkt zugutekommen. Und wenn die Einnahmen immer weiter steigen, wären Steuersenkungen angebracht.

Die Schuldenbremse hat sich in diesem Zusammenhang aber als Steuersenkungsbremse entpuppt: Seit 2009 gab es in Deutschland keine umfassende Steuerreform mehr. Stattdessen wurde mit den Steuerermehreinnahmen so einiges finanziert, was nicht zwangsläufig zukunftsweisend war.

Unsinnige staatliche Ausgaben wurden und werden von Ökonomen häufig kritisiert. Warum ist es für Sie dann keine Option, zum Beispiel Subventionen zu reduzieren?

Natürlich muss die Haushaltsplanung des Staates permanent kritisch bewertet werden, auch Subventionen. Doch wenn der Staat Geld einspart, dann sollte es über Steuersenkungen zurück an die Bürger fließen.

Aber ganz ehrlich: Subventionen haben keinen großen finanziellen Hebel – den gibt es im riesigen Sozialhaushalt mit all den staatlichen Zuschüssen. Diesen Haushalt haben wir leider nur einmal mit der Agenda 2010 angepackt – mit all den Diskussionen, die sie mit sich gebracht hat. Wir sollten deshalb realistisch sein und mutig in die Zukunft des Landes investieren.

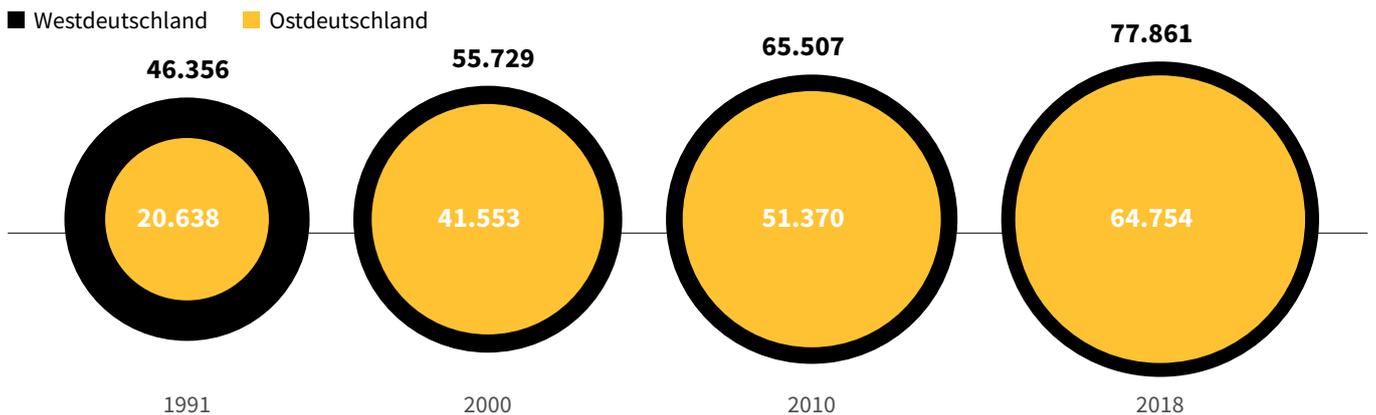
Einheit auf gutem Weg

30 Jahre Mauerfall. Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 und der anschließenden Wiedervereinigung begann Deutschland wirtschaftlich zusammenzuwachsen. Das Wohlstandsniveau im Osten ist seither stark gestiegen, die Abwanderungswelle ausgelaufen. Dennoch ist die wirtschaftliche Lücke zwischen West und Ost noch nicht vollständig geschlossen und die Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels bleiben groß.

Produktivität: Der Aufholprozess stockt

Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Euro

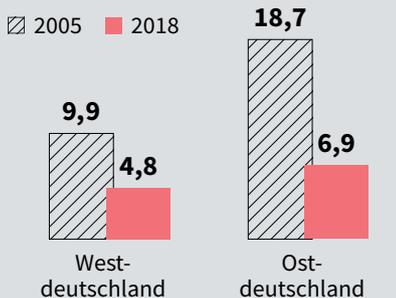
Seit 1991 hat sich die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen in Ostdeutschland mehr als verdreifacht. Seit einigen Jahren kommt der Aufholprozess in Sachen Produktivität allerdings kaum noch voran – zu den Ursachen zählen die kleinteiligere Wirtschaftsstruktur im Osten, die geringere Exporttätigkeit und die niedrigeren Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen.



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2019 IW Medien / iwd

Arbeitsmarkt: Gleichstand in Sichtweite

Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit © 2019 IW Medien / iwd

Nach Jahren der Massenarbeitslosigkeit hat sich die Lage in Ostdeutschland seit 2005 stetig verbessert. Im Jahr 2018 betrug der Abstand zur Arbeitslosenquote im Westen nur noch gut 2 Prozentpunkte, und auch 2019 setzt sich die Angleichung weiter fort. Gleichwohl ist die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland seit 2005 deutlich stärker gestiegen als im Osten.

36,8

Milliarden Euro hat die Bundesregierung allein mit dem Programm „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ von 1991 bis 2018 in die ostdeutsche Infrastruktur investiert. Davon entfielen **19** Milliarden Euro auf Schienen-, **16** Milliarden Euro auf Straßen- und **1,9** Milliarden Euro auf Wasserstraßenprojekte.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur



14.388

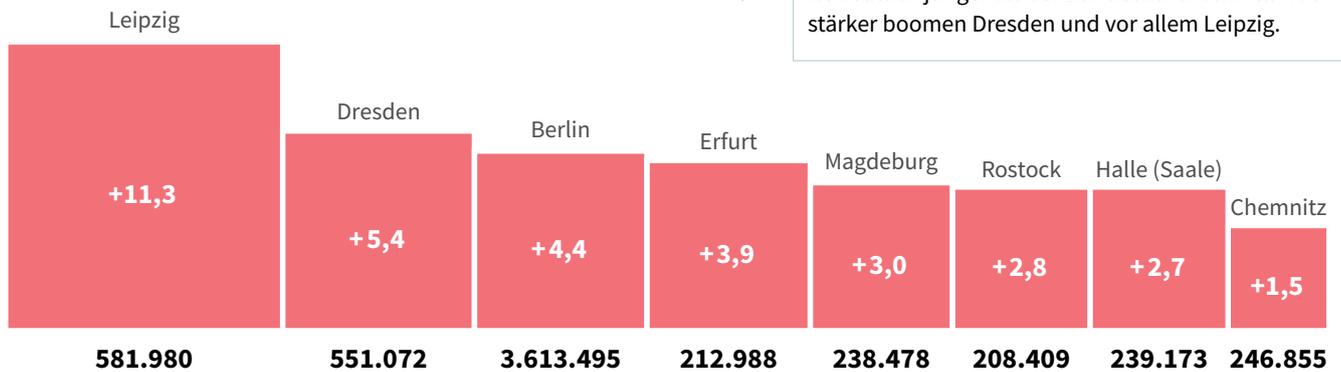
Menschen sind 2017 per saldo von West- nach Ostdeutschland gezogen. Lässt man Berlin außen vor, waren es immerhin noch knapp 4.000. In den Jahren zuvor hatte der Osten unterm Strich stets Einwohnerverluste zu beklagen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Demografie: Größere Städte trotz dem Trend

Veränderung der Einwohnerzahl von 2010 bis 2017 in Prozent

■ Einwohnerzahl am 31.12.2017



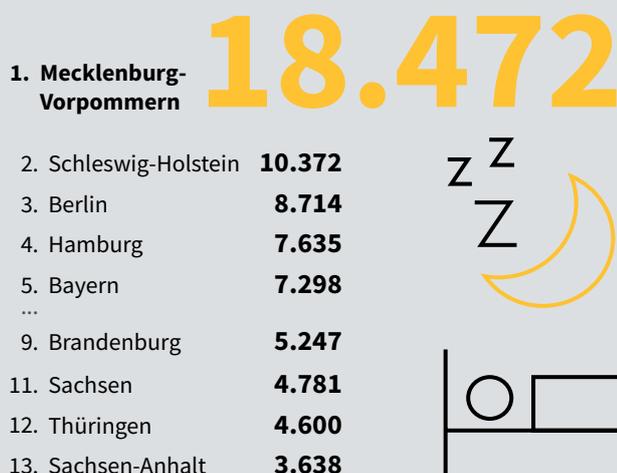
Vor allem junge Menschen haben nach der Wende die neuen Bundesländer verlassen. Entsprechend stark ist die Bevölkerung dort gealtert. Doch die großen Städte trotzen dem Trend – Berlin wächst und ist deutlich jünger als der Bundesdurchschnitt. Noch stärker boomen Dresden und vor allem Leipzig.

Auswahl: ostdeutsche Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Tourismus: Reiseziel Ostsee

Zahl der Übernachtungen je 1.000 Einwohner im Jahr 2017



Bessere Verkehrsverbindungen haben dazu beigetragen, dass der Tourismus ostdeutsche Ziele wiederentdeckt hat. Allein die mecklenburgische Ostseeküste verzeichnete 2017 rund 14,5 Millionen Übernachtungen. Bei internationalen Gästen stehen aber auch Dresden, Erfurt, die Sächsische Schweiz und die Wartburg in Eisenach hoch im Kurs.



Auf iwd.de finden Sie zum Thema „30 Jahre Mauerfall“ ein Web-Special sowie einen Kommentar von Klaus-Heiner Röhl, Senior Economist für Unternehmen im IW.



Quelle: Statistisches Bundesamt
 © 2019 IW Medien / iwd

iwd

Am Rande der Rezession

Konjunktur. Weil die Auslandsgeschäfte deutlich schlechter laufen als in den Jahren zuvor und die Unternehmen auch durch die Politik im Inland verunsichert sind, tritt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nahezu auf der Stelle. Vor allem der weiterhin recht robuste private Konsum verhindert jedoch bislang eine Rezession.

Im Frühjahr bestand für Konjunkturforscher noch Grund zu der Annahme, die deutsche Wirtschaft würde nach der Wachstumsabschwächung im vergangenen Jahr bald wieder Tritt fassen. Doch derzeit bewegt sich die Wirtschaftsleistung lediglich seitwärts und die Aussichten für die nähere Zukunft sind kaum besser (Tabelle):

In diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich nur um 0,5 Prozent zulegen – für 2020 prognostiziert das IW eine Wachstumsrate von 0,8 Prozent.

Beim Blick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt sich eine Zweiteilung: Während das Dienstleistungsgewerbe und der Bausektor nach wie vor zulegen können, befindet sich die Industrie in einer Rezession – im Gesamtjahr 2019 dürfte ihre reale Wertschöpfung das Vorjahresvolumen um mindestens 3 Prozent unterschreiten.

Dass gerade das Verarbeitende Gewerbe ins Trudeln geraten ist, liegt zu einem großen Teil an der Abkühlung der Weltkonjunktur. Dies ist auf die vielen Konflikte und Unsicherheiten zurückzuführen – vom Handelsstreit zwischen den USA und China über die schwierige politische Lage im Nahen Osten bis hin zum drohenden Brexit. All dies schadet dem für die deutsche Industrie so wichtigen Auslandsgeschäft:

Die deutschen Exporte werden 2019 preisbereinigt lediglich um 0,5 Prozent wachsen und im nächsten Jahr sogar leicht schrumpfen.

Die negativen außenwirtschaftlichen Einflüsse prägen auch die Investitionstätigkeit in Deutschland.

Sie wird außerdem dadurch geschwächt, dass die Unternehmen wegen schlechter Rahmenbedingungen am hiesigen Standort verunsichert sind. Dies geht bereits aus der diesjährigen Frühjahrsumfrage des IW hervor (Grafik Seite 9):

IW-Prognose für Deutschland 2019 und 2020

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,4	0,8	0,4
Arbeitslosenquote	5,2	5,0	5,0
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	0,7
Produktivität	0,3	-0,1	0,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	0,8
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,3	1,5	1,1
Konsumausgaben des Staates	1,4	2,0	1,7
Anlageinvestitionen	3,5	2,8	1,6
– Ausrüstungen	4,4	2,1	0,0
– Sonstige Anlagen	4,3	3,0	3,0
– Bauten	2,5	3,2	2,2
Inlandsnachfrage	2,1	1,4	1,3
Export	2,1	0,5	-0,1
Import	3,6	2,7	1,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,8	1,5	1,5
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,9	1,1	0,3

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Neun von zehn Unternehmen nennen die fehlende Verfügbarkeit von Fachkräften als mehr oder weniger großes Risiko für ihre Geschäfte.

Zu den besonders häufig angeführten Risiken zählen die befragten Firmen auch, dass sich die Inlandsnachfrage infolge einer stockenden Beschäftigungsentwicklung abschwächen könnte. Zudem befürchten viele eine Verteilungspolitik, die die Arbeitskosten erhöht und die Arbeitsorganisation durch neue Regulierungen erschwert. Auch die derzeitige Energie- und Klimapolitik verunsichert die Wirtschaft.

Die außenwirtschaftlich bedingten Risiken werden insgesamt zwar als nicht ganz so gravierend eingestuft. Doch von den – tendenziell stärker im Ausland engagierten – Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sehen rund 70 Prozent ihre Exporte durch einen verschärften Protektionismus bedroht. Ähnliches gilt für die Gefahr, die von einem No-Deal-Brexit ausgeht.

Unterm Strich führen diese Einflüsse dazu, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr kaum noch wachsen. Für 2020 ist sogar von einer Stagnation der Investitionen in Maschinen und Produktionsanlagen auszugehen. Die Bauinvestitionen legen allerdings vorerst weiter zu – die Baubranche profitiert vor allem vom weiterhin niedrigen Zinsniveau, von der Zuwanderung in die Städte sowie vom kräftigen Schub durch die Bau nachfrage im öffentlichen Sektor.

Vor diesem überwiegend trüben konjunkturellen Hintergrund entwickelt sich auch der Arbeitsmarkt weniger positiv als in den vergangenen Jahren:

Der für das Jahr 2020 zu erwartende Beschäftigungszuwachs von 0,4 Prozent wäre der schwächste seit 2010.

Unternehmen: Viele inländische Risiken

Nach Ansicht von so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland stellen folgende Faktoren ein ... für ihre Geschäftsabläufe dar

■ ... hohes Risiko □ ... geringes Risiko

Teurere/fehlende Fachkräfte	61	29
Schwächere Inlandsnachfrage	29	50
Verteilungspolitik/Arbeitskosten	33	45
Teurere/schlechter verfügbare Energie	24	47
Cyberkriminalität	22	46
Teurere/schlechter verfügbare Rohstoffe	24	42
Verschlechterte Standortbedingungen	18	45
Klima- und Umweltpolitik	22	40
Ungewissheit über digitale Geschäftsmodelle	14	45
Finanzmarktkrise	12	46
No-Deal-Brexit	17	39
Teurere Vorleistungsimporte durch Protektionismus	11	37
Beeinträchtigte Exporte durch Protektionismus	17	30
Steigender Konkurrenzdruck aus China	16	30
Klimarisiken	8	37

Rest zu 100: kein Risiko
Befragung von 2.375 Unternehmen im März/April 2019

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Zwar bleibt die Arbeitslosenquote auf dem aktuellen Niveau von etwa 5 Prozent, doch die Sorgen um den Arbeitsmarkt nehmen allmählich zu. Dadurch hat sich das Konsumklima in Deutschland bereits merklich abgekühlt. Dennoch bleibt der private Konsum bis auf Weiteres die stärkste Stütze der Konjunktur:

Die privaten Konsumausgaben werden 2019 preisbereinigt um 1,5 Prozent und im kommenden Jahr immerhin um gut 1 Prozent steigen.

Dies liegt vor allem daran, dass die Verbraucher in Deutschland nach wie vor überwiegend zuversichtlich

sind – auch weil die Einkommen in letzter Zeit merklich gestiegen sind und die Inflation weiterhin moderat bleibt.

IW-Kurzbericht 68/2019

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle – Wachstumsschwäche auf Dauer?
iwkoeln.de/wachstumsschwaeche

IW-Kurzbericht 56/2019

Michael Grömling, Jürgen Matthes: Welche Risiken gefährden die deutsche Wirtschaft?
iwkoeln.de/risiken_wirtschaft

Der Chef am Wickeltisch

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit. Die Betriebe in Deutschland haben in den vergangenen Jahren viel getan, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Doch von dem breiten Angebot profitieren nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. Führungskräfte sollten die Belegschaft nicht nur besser über Vereinbarkeitsangebote informieren, sondern sie vor allem auch selbst nutzen.

Flexible Arbeitszeiten, Betriebskindergärten oder finanzielle Unterstützung für die Pflege naher Angehöriger: Die Unternehmen haben viele Möglichkeiten, ihre Mitarbeiter hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Immer mehr Betriebe in Deutschland tun dies auch: Für rund 83 Prozent der Unternehmen sind familienfreundliche Maßnahmen wichtig – das sind 6 Prozentpunkte mehr als 2015. Ebenfalls erfreulich: Immer mehr Personalverantwortliche betrachten diese Maßnahmen nicht nur als Angebot für Beschäftigte mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, sondern für alle Mitarbeiter in unterschiedlichen Lebensphasen.

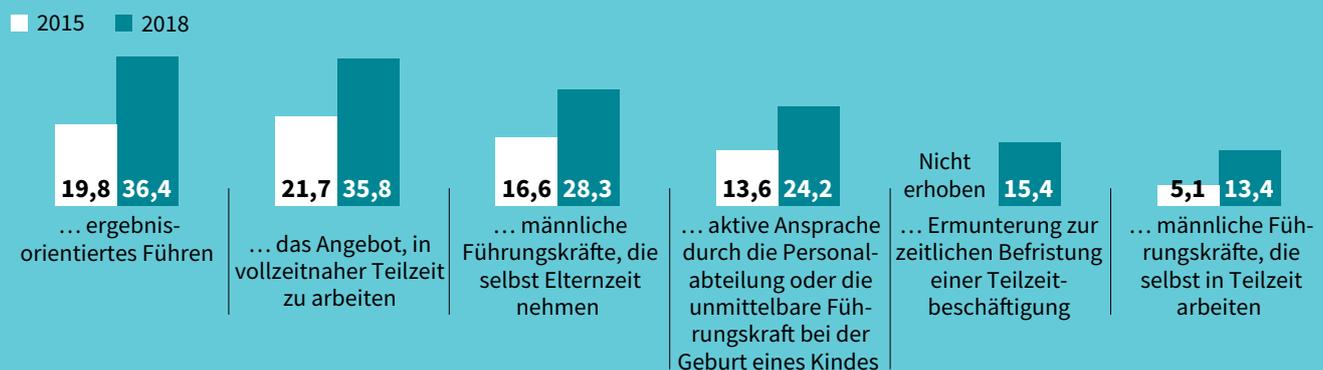
Dass sie mit dieser Einschätzung richtig liegen, zeigt folgender Befund: Auch für rund 80 Prozent der Beschäftigten, die derzeit weder Kinder noch nahe Angehörige betreuen, ist die Familienfreundlichkeit ihres Arbeitgebers wichtig.

Für die – meist jungen – Mitarbeiter, die selbst noch keine Kinder haben, ist sie ein wichtiger Baustein für ihre Lebensplanung. Zudem sehen neun von zehn Beschäftigten in der Familienfreundlichkeit auch ein Signal, dass dem Unternehmen die Mitarbeiter wichtig sind. Zu diesen Ergebnissen kommt der Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019, den das Institut der deutschen Wirtschaft mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt hat.

Obwohl es viele Varianten von familienfreundlichen Maßnahmen gibt, lässt sich aktuell ein klarer Trend erkennen: In den vergangenen drei Jahren hat der Anteil

Unternehmen bauen Väterförderung aus

So viel Prozent der Unternehmen unterstützten Väter aktiv bei der Inanspruchnahme von Elternzeit und Teilzeit durch ...



Ergebnisorientiertes Führen: ermöglicht häufig das Arbeiten mit geringeren Präsenzenzeiten
 Befragung von 1.399 Unternehmen im Jahr 2015 und 1.283 Unternehmen im Jahr 2018 mit jeweils mindestens fünf Beschäftigten im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwid

der Unternehmen deutlich zugenommen, die verschiedene Angebote zur Förderung von Vätern unterbreitet haben (Grafik Seite 10):

Um Väter für Elternzeit und Teilzeitarbeit zu begeistern, praktizierten im Jahr 2018 rund 36 Prozent der Unternehmen einen ergebnisorientierten Führungsstil.

Bei dieser Form der Führung geht es um mehr zeitliche und räumliche Flexibilität und darum, die Präsenzzeiten – wo möglich – sinnvoll zu reduzieren.

Vielen Vätern ist bei der Entscheidung für oder gegen Teil- oder Elternzeit wichtig, ob auch Führungskräfte im eigenen Unternehmen davon Gebrauch machen. Auch hier gibt es deutliche Fortschritte, da zunehmend mehr Vorgesetzte als Vorbilder in Sachen familienfreundliches Arbeitsumfeld auftreten.

Dennoch gibt es bei Unternehmensführung und Mitarbeitern unterschiedliche Wahrnehmungen: Während rund 46 Prozent der Personalverantwortlichen der Meinung sind, sie praktizierten eine ausgeprägt familienfreundliche Unternehmenskultur, bescheinigen dies ihrem Arbeitgeber nur 39 Prozent der Beschäftigten. Zu einer ausgeprägt familienfreundlichen Unternehmenskultur zählen unter anderem gleiche Entwicklungs- und Aufstiegschancen für Beschäftigte mit und ohne Familienpflichten sowie Führungskräfte, die ihre Mitarbeiter aktiv bestärken, familienfreundliche Angebote auch in Anspruch zu nehmen.

Diese unterschiedliche Einschätzung von Unternehmen und Arbeitnehmern zeigt, dass familienfreundliche Maßnahmen nicht immer vollständig bei den Mitarbeitern ankommen. Das kann theoretisch drei Gründe haben:

Möglicherweise stimmt das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen nicht mit den Bedürfnissen der Belegschaft überein. Allerdings haben die Unternehmen ein recht gutes Gespür dafür, was ihre Beschäftigten benötigen (Grafik):

Für rund 64 Prozent der Beschäftigten deckt das betriebliche Angebot ihren aktuellen Bedarf an familienfreundlichen Maßnahmen gut ab.

Zweitens spielt die Transparenz eine wichtige Rolle. Hier sehen schon deutlich mehr Mitarbeiter Verbesserungspotenzial: Nur rund 55 Prozent der Beschäftigten fühlen sich ausreichend über das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen informiert.

Drittens kann der Zugang zu familienfreundlichen Maßnahmen – tatsächlich oder gefühlt – eingeschränkt sein. So geben rund 43 Prozent der Beschäftigten an, dass sie das bestehende Angebot gerne stärker nutzen würden.

Familienfreundliche Unternehmen: Angebote werden nicht voll ausgeschöpft

So viel Prozent der Beschäftigten stimmen diesen Aussagen voll oder eher zu

Das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen in meinem Unternehmen deckt meinen derzeitigen Bedarf an familienfreundlichen Maßnahmen ab.	63,5
Ich fühle mich ausreichend über das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen in meinem Unternehmen informiert.	54,8
Ich würde das Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen in meinem Unternehmen gerne stärker nutzen.	42,7

Befragung von 2.355 Beschäftigten aus Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten im Jahr 2018

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Doch warum werden familienfreundliche Angebote nicht genutzt? Häufig lässt es die Art der Tätigkeit nicht zu, beispielsweise von zu Hause aus zu arbeiten oder bestimmte Teilzeitmodelle zu realisieren. Daneben befürchten manche Beschäftigte auch, dass Kollegen oder Vorgesetzte es missbilligen könnten, wenn sie etwa längere Elternzeitphasen nehmen.

Solche Sorgen und Ängste lassen sich nicht durch ein Mehr an Angeboten kurieren, sie können nur durch einen Wandel der Unternehmenskultur abgebaut werden. Führungskräften kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu – beispielsweise sollten sie die Beschäftigten dafür sensibilisieren, wofür das Unternehmen steht und worauf im Umgang miteinander Wert gelegt wird.

Unter dem Strich scheint es den meisten Unternehmen gut zu gelingen, den verschiedenen Wünschen ihrer Mitarbeiter in der Gestaltung der Arbeitszeit entgegenzukommen: Rund 86 Prozent der Beschäftigten bewerten die Vereinbarkeit ihrer Arbeitszeit mit familiären und sozialen Verpflichtungen außerhalb des Berufs als gut oder sehr gut.

Studie:

Andrea Hammermann, Jörg Schmidt, Oliver Stettes:
Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2019
iwkoeln.de/familienfreundlichkeit2019

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.),
 Andreas Wodok (Textchef), Carsten Ruge, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Studentenwohnpreise

325 Euro, so hoch ist der monatliche Wohnkostenzuschlag für Bafög-Empfänger ab dem kommenden Wintersemester – vorausgesetzt, man lebt nicht mehr bei den Eltern. Das sind zwar immerhin 75 Euro mehr als bisher, reicht aber kaum, um als Student eine Bleibe zu finden. Laut aktuellem Studentenwohnreport des Instituts der deutschen Wirtschaft sind die monatlichen Warmmieten für eine typische Studentenwohnung in 23 von 30 untersuchten Unistädten höher als 325 Euro. In München kostet eine Studentenbude sogar mehr als das Doppelte des Bafög-Wohnkostenzuschlags – nämlich fast 720 Euro. Den höchsten Anstieg gab es allerdings in Darmstadt. Hier kletterte die Miete für eine Studenten-Musterwohnung innerhalb eines Jahres um rund 8 Prozent auf nun knapp 460 Euro warm.

Weitere Informationen: iwkoeln.de/studentenwohnreport

Zahl der Woche

14,7



Grundschulkindern wurden in der EU 2017 im Durchschnitt von einem Lehrer betreut. In Deutschland war die Betreuungsrelation mit 15,4 Kindern je Lehrer etwas ungünstiger. Am besten schneidet im EU-Vergleich Luxemburg ab – dort muss sich eine Lehrkraft im Mittel nur um neun Schulanfänger kümmern. Ähnlich sieht es in Griechenland aus. Am anderen Ende des Rankings stehen Frankreich, Rumänien und Tschechien. In allen drei Ländern steht jeder Grundschulpädagoge vor der Herausforderung, den Ansprüchen von mehr als 19 Mädchen und Jungen gerecht zu werden.

